

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 281-2015
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.1108

Eingereicht am: 16.11.2015

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Knutti (Weissenburg, SVP) (Sprecher/in)
Gschwend-Pieren (Lyssach, SVP)
Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 19.11.2015

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Die Landesgrenze ist umgehend zu kontrollieren und zu sichern

Der Regierungsrat wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass zum Schutz der Schweizer Bevölkerung unsere Landesgrenze wieder kontrolliert wird.

Begründung:

Nach den jüngsten Ereignissen in den letzten Wochen und Tagen sind wir konsterniert und zugleich besorgt, dass der Bund keine wirkungsvollen Massnahmen zur Eindämmung der herrschenden Asylmisere ergreift. Der Bund hat sich schnellstmöglich mit dem Grenzschutz und der desolaten Asylpolitik zu befassen, denn die damit einhergehenden Sicherheitslücken sind nicht mehr wegzudiskutieren.

Eine erste Massnahme, die der Bund zum Schutz der Schweizer Bevölkerung umgehend zu ergreifen hat, ist, die Einreise von illegalen Einwanderern durch Grenzkontrollen einzudämmen. Die Grenzen sind unter Beizug der Armee umgehend zu kontrollieren und zu schützen. Migranten, die aus sicheren Drittstaaten, also auch aus unseren Nachbarstaaten, einreisen wollen, sind strikt abzuweisen. Das Schengen-Dublin-Abkommen, das zeigt uns die Asylproblematik in Europa momentan, funktioniert schon seit längerer Zeit nicht mehr.

Es ist die Verantwortung des Bundes, Gefahren zu erkennen, zu analysieren und rasch Sofortmassnahmen umzusetzen. Gerade beim Bevölkerungsschutz wäre es angezeigt zu agieren, statt zu reagieren.

Begründung der Dringlichkeit: Die jüngsten Ereignisse in Europa zeigen die Dringlichkeit auf.

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat